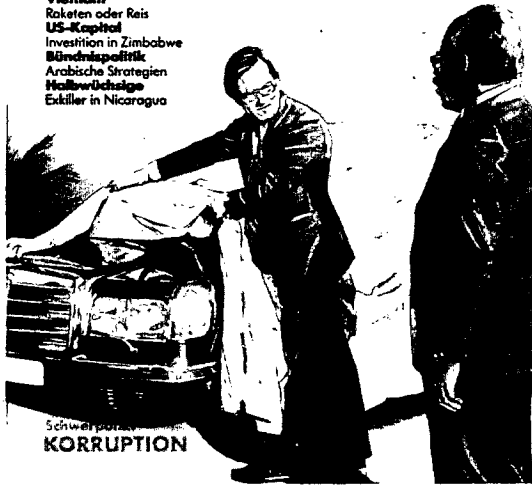


# Palaver

B 3479 E  
7 Mark

zwischen erster und dritter Welt

Hefr 2/83  
Vietnam  
Raketen oder Reis  
US-Kapital  
Investition in Zimbabwe  
Bündnispolitik  
Arabische Strategien  
Halbwüchsige  
Exkiller in Nicaragua



Schwerpunkt  
KORRUPTION

**Könnten Sie mit Afrikanern palavern? Wie schlichten Sie Ihren Streit? Brauchen Sie einen Richter oder würden Sie gerne zuschlagen? Wieviel lassen Sie sich ein Palaver kosten?**

**Palaver, ein politisches und kulturelles Monatsmagazin, für den Blick über die inneren und äußeren Grenzen, auf regionale und globale Entwicklungen, auf erste und dritte Welten in allen Regionen der Erde.**

## Aus dem Inhalt 2/83:

**Schwerpunkt:** Korruption, **Vietnam:** Raketen oder Reis, **Halbwüchsige:** Exkiller in Nicaragua, **US-Kapital:** Investition in Zimbabwe, **Bündnispolitik:** Arabische Strategien, **Unterwegs:** Suchbilder aus Indien, **Und:** Kaffee - Aufstieg einer bürgerlichen Droge, Macau - Abschied von der Belle Epoque, ...

Palaver erhalten Sie monatlich an allen größeren Kiosken und im Abonnement. Meta Magazin Verlag GmbH Friedrichstr. 22, 8000 München 40.

## Ein Hormon ist schuld, wenn die Haare ausgehen



Deutsche Professoren haben ihn entdeckt: Den Wirkstoff gegen anlagebedingten Haarausfall. Ab sofort als Setaderm in allen Apotheken erhältlich. Angelopharm, Hamburg.

Haarausfall ist selten krankhaft und fast immer erblich bedingt. Gewöhnlich hat ein Hormon Schuld, wenn die Haare ausgehen: Denn das Wachstum der Haare wird durch das Androgen-Hormon gesteuert. Es hemmt die Aktivität der Haarkeime bei Mann und Frau.

Das neue Haar-Elixier Setaderm „überlistet“ das Androgen. Es macht die Haarwurzeln unempfindlich gegen die hormonelle „Wachstumsbremse“. Die Haarkeime bleiben aktiv - unabhängig von Erbgut und Geschlecht.

Klinische Tests haben bewiesen: Schon eine vierwöchige Setaderm-Anwendung hemmt den anlagebedingten Haarausfall und läßt das Haar wieder dichter werden.

**SETADERM**  
Neue Kraft fürs Haar



arbeit organisiert. Die meisten FNS-Büros sind im selben Haus untergebracht wie die örtlichen FDP-Geschäftsstellen. Die Partei ist mitunter Untermieter und kann sich dann über Mietwucher nicht beklagen.

Schöpferische Phantasie entwickelten die Liberalen, als sie ihr Partei-Archiv an die FNS für 400 000 Mark verkauften. Das Archiv stand weiter zur Verfügung, die Kosten für Unterbringung und Verwaltung zahlte fortan die FNS. Mitunter leben FDP-Funktionäre von der Stiftung. Horst Hildebrandt, Landesgeschäftsführer in Rheinland-Pfalz, bekommt sein Gehalt von Stiftung und Partei, „halbe-halbe“, sagt er.

In Hessen, im 78er-Wahlkampf, wunderte sich die Landesgeschäftsstelle der FDP, wieso eine Rechnung an sie adressiert war. Kurzerhand ließ Landesgeschäftsführer Martin Lange die Rechnung nachbessern: Aus FDP wurde FNS.

In Anzeigenkampagnen und mit Broschüren trommelt die liberale Stiftung so offen für die Freidemokraten, daß dem Sozialdemokraten Alfred Nau, Chef der Friedrich-Ebert-Stiftung, um das ganze feine Finanzierungsmodell bange wurde: „Es dürfte in unserem gemeinsamen Interesse liegen, wenn Sie . . . Einfluß nehmen, daß die politischen Stiftungen keine Gelder für Wahlwerbung verwenden.“ Denn auch die Sozialdemokraten bekamen Probleme. Die Ebert-Stiftung hat mit ihrem „Planungsbüro OR '85“ der SPD fünf Jahre lang einen Teil der Arbeit am Orientierungsrahmen abgenommen.

Die CDU ist nur scheinbar besser dran. Zwar ist sie nur wegen Spenden-Manipulation via Liechtenstein aufgefallen, aber daß auch sie Parteifinanzierung über die Stiftung betreibt, liegt nahe. Auf dem Mannheimer Parteitag forderte Rechnungsprüfer Alphons Horten: „Es kommt darauf an, die Zusammenarbeit und Koordination der Bundespartei mit den Stiftungen und den Fraktionen zu verbessern. Wir müssen die Finanzen der Partei als ein Ganzes sehen.“

Genauso sehen das auch die Grünen: Die Klage war fällig und zielt auf den Punkt.

## ATOMWAFFEN

### Netzwerk Friedhof

**Die Bundesregierung weigert sich, die Standorte von Atomraketen preiszugeben - unnütze Geheimnis-krämerei.**

Sozialdemokraten und Freidemokraten sind sich ausnahmsweise wieder einmal einig, und Axel Springers konservative „Welt“ zollt ihnen auch noch Beifall - es ist eine seltsame Allianz, die sich da zusammengefunden hat.

Das Trio drängt darauf, daß die Bundesregierung preisgibt, was bislang als

Staatsgeheimnis gehütet wird: wo exakt die neuen atomaren Mittelstreckenwaffen der Amerikaner auf deutschem Boden stationiert werden sollen, wenn die Genfer Abrüstungsverhandlungen erfolglos bleiben.

Das Verschweigen der Standorte, konstatierten vorletztes Wochenende die SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern, sei unsinnig: Die Geheimnistuerei lasse sich „angesichts des Standes der jeweiligen militärischen Aufklärung“ nicht begründen und „wegen der damit verbundenen Spekulationen und Verunsicherungen“ politisch nicht rechtfertigen.

Zur gleichen Zeit forderte auch die FDP, per Parteitagsbeschluß in Freiburg, die „sofortige Veröffentlichung“ der geplanten Raketenstellungen. Und

re Stellungen hatten: in die Nähe von Heilbronn, nach Neu-Ulm und Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd.

Der freimütig gestreute Pershing-Plan zeigt auch die geographische Lage von drei amerikanischen und zwei deutschen fest vermessenen Rampen für den atomaren Schnellschuß („Quick Reaction Alert“, QRA), wo Raketen in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden: Die QRA-Anlagen der US Army befinden sich in Kleingartach bei Heilbronn sowie in Böttingen und in Inneringen auf der Schwäbischen Alb; die QRA-Quartiere der Bundeswehr gehören zu den Flugkörpergeschwadern in Landsberg am Lech und im rheinischen Geilenkirchen\*.

Ebenfalls längst aufgedeckt ist, was „unter Deckbezeichnung“ (so ein Kabinettsbeschluß der Sozialliberalen Mitte vorigen Jahres) in der Eifel vor sich geht:

„Die Bonner Regierenden fürchten offenkundig weniger den äußeren Feind als innenpolitische Widersacher: Bei Bekanntwerden der Atomwaffenlager könnten Scharen von Friedensmarschierern die Camps überschwemmen.“

Die Sorge ist begründet. Für Ostern sind, ähnlich wie zum dritten Jahrestag des Nato-Doppelbeschlusses im vergangenen Dezember, wieder Blockaden von US-Liegenschaften angesagt. Die Proteste richteten sich nicht nur gegen die neuen Raketen, sondern auch gegen den atomaren Alt-Bestand, der seit Jahren unter US-Aufsicht auf westdeutschem Territorium gelagert ist: nukleare Munition für „Lance“-Kurzstreckenraketen

Die Sorge ist begründet. Für Ostern sind, ähnlich wie zum dritten Jahrestag des Nato-Doppelbeschlusses im vergangenen Dezember, wieder Blockaden von US-Liegenschaften angesagt. Die Proteste richteten sich nicht nur gegen die neuen Raketen, sondern auch gegen den atomaren Alt-Bestand, der seit Jahren unter US-Aufsicht auf westdeutschem Territorium gelagert ist: nukleare Munition für „Lance“-Kurzstreckenraketen



**US-Atomwaffenlager (bei Kellinghusen):** „Man muß schön dumm sein, wenn man nicht versteht, was dort geschieht“

die „Welt“ meinte, die Oppositionellen und ihr einstiger Koalitionspartner hätten „etwas Vernünftiges beschlossen“.

Das Thema wird um so aktueller, je näher der Termin der vorgesehenen Stationierung rückt. Die Bauarbeiten für die Errichtung von Startrampen, Munitionslagern, Wartungshallen und Kommandozentralen haben bereits begonnen, Waldstücke werden gerodet, Bodenproben genommen, Schießbahnen vermessen. Sehen kann das im Zweifel jeder, der es partout sehen will, und die Geheimniskrämerei, an der die Kohl-Regierung festhält, macht keinen Sinn.

Denn die Friedensstandorte für die 108 „Pershing-2“-Raketen, die mit ihren Atomsprenghäupten bis in die Sowjet-Union fliegen können, sind längst publik – verzeichnet auf einer Deutschland-Karte des amerikanischen Pershing-Produzenten Martin-Marietta. Die neuen Modelle kommen dorthin, wo auch die Vorgänger-Typen, die nur 750 Kilometer weit reichenden Pershing-1-Raketen, ih-

Dort, bei Bitburg und Prüm, sollen 96 Cruise Missiles plaziert werden (SPIEGEL 44/1982).

Sicher ist, daß militärstrategische Belange durch eine Offenlegung nicht gefährdet würden. Die neuen Waffensysteme sind, bis auf die für den „Quick Reaction Alert“, nicht auf bestimmte Standorte fixiert. Die mobilen Abschubrampen würden im Krisenfall die eingeplanten Quartiere verlassen und wechselnde Schußpositionen einnehmen.

Im London und Rom gab es denn auch keine Bedenken, die britischen Raketenstützpunkte Greenham Common und Molesworth sowie die italienische Basis bei Comiso auf Sizilien amtlich zu verlautbaren. „Mehr noch als andere Nato-Regierungen“, kritisiert der Starnberger Friedensforscher Alfred Mechttersheimer, betreibe Bonn eine „Geheimhal-

\* Die Bundeswehr besitzt Trägersysteme für nukleare Kampfmittel; die Atomsprenghäupter jedoch sind in amerikanischem Gewahrsam und können nur auf Befehl des US-Präsidenten von amerikanischen Offizieren gezündet werden, die den Bundeswehreinheiten attached sind.

und „Nike-Hercules“-Luftabwehrraketen, Atomminen, Bomben für „Starfighter“ und Granaten für M-110-Haubitzen.

Mit rund 6000 atomaren Sprengkörpern, die nach Experten-Schätzung hierzulande stationiert sind, weist die Bundesrepublik die weltweit größte Kernwaffendichte auf. Der größte Sprengkopf, der mit einer Pershing 1A verschossen werden kann, hat eine Explosivkraft von 400 Kilotonnen – dreißigmal soviel wie die Hiroshima-Bombe.

Bereits im März 1981 hatte daher der Bundesvorstand der Grünen eine Karte „gegen die atomare Bedrohung“ veröffentlicht, auf der 117 Standorte von Atomwaffen und Trägersystemen eingetragen waren. Es gibt heute kaum eine Region, in der nicht Friedenskartographen lokale Pläne mit den Waffenkammern der Gegend publizieren.

Die Bunker sind mit durchschnittlicher Beobachtungsgabe zu orten. „Wir erzählen“, bekannte ein Experte der US-Streitkräfte vor dem amerikanischen Kongreß, „den Menschen nicht, was das

## (U) PERSHING'S MISSION IN EUROPE



UNCLASSIFIED

Amerikanische Pershing-Standortkarte\*: „Besonders attraktive Ziele“

ist; man muß aber schön dumm sein, wenn man nicht versteht, was dort geschieht.“

Auch dem Berliner Friedensforscher Ulrich Albrecht erscheint das Ausspähen einfach: „Dem Kundigen geht es wie dem Passanten, der sich die Karosseriemerkmale eines Rolls-Royce eingepägt hat und der nunmehr im Straßenverkehr nicht mehr umhin kann, hin und wieder ein solches Fahrzeug zu erkennen, und sei es auch nur am Kotflügel.“

Eine Suchanleitung, „wie man sein lokales Kernwaffenlager findet“, gab Albrecht schon vor einem Jahr heraus\*\*. Und ein ganzes Bündel von Daten über Depots und Kasernen veröffentlichten nordrhein-westfälische Pazifisten vergangenen Herbst in einem „Bedrohungs-atlas“\*\*\*.

Damit sich „die Bevölkerung selbst kompetent machen“ kann, bringt Friedensfreund Mechttersheimer jetzt noch weiteres Aufklärungsmaterial unter die Leute: Das von ihm mitgegründete „Informationsbüro für Friedenspolitik“ in München breitet in einer Broschüre bislang kaum bekannte Einzelheiten über „Lagerung und Transport von Atomwaffen“ aus\*\*\*\*.

Detailliert wird da beschrieben, worin sich ein Kernwaffendepot der US Army (Fachausdruck: „Site“) von einem konventionellen Munitionslager unterschei-

det und wie ein Konvoi zum Transport von Marschflugkörpern bestückt ist. Da werden die Kode-Bezeichnungen der atomaren Sprengköpfe mitgeteilt und ihr Verwüstungspotential, das stets ein Vielfaches der Hiroshima-Bombe beträgt. Ausgiebig wird aus internen Wachvorschriften und aus Gebrauchsanweisungen für Bomber-Piloten zitiert.

Auffälligstes Merkmal jedes Atomwaffenlagers ist ein mächtiger Sendemast mit zwei großen Spiegelantennen („Troposcatter“), die in der untersten Schicht der Atmosphäre über mehrere hundert Kilometer Funkverkehr ermöglichen. Sinniger Tarnname des Kommunikationssystems: „Cemetery network“ – „Netzwerk Friedhof“.

Verräterisch sind freilich auch die Sicherheitsvorkehrungen. So wird, wer sich in den Sperrbezirk verirrt oder sich aus Neugier nähert, auf Schildern vor dem „Einsatz tödlicher Waffen“ gewarnt. Auf Eindringlinge darf ohne weiteren Anruf geschossen werden.

Der eigentliche Sicherheitsbereich („exclusion area“) ist von 2,45 Meter hohen Doppelzäunen eingesäumt, zwischen denen schwerbewaffnete Soldaten patrouillieren. Vor dem äußeren Zaun liegt ein mindestens zehn Meter breiter gerodeter Streifen, an allen vier Ecken des Areals stehen Beobachtungstürme.

Sobald es dämmt, wird das Gelände von Flutlicht erhellt. Elektronische Schließanlagen und Fernsehkameras überwachen die Zugänge. Hochempfindliche Sensoren („Intrusion Detection System“) reagieren auf Lärm, Magnetismus und unterirdische Stöße, damit niemand unbemerkt Tunnels buddeln kann.

Doch trotz so perfekt anmutender Abschirmung sind die Depots keineswegs so sicher, wie sie sein sollten.

Zumindest die 59 nuklearen Waffenkammern der Nato in der Bundesrepublik, in Italien, den Niederlanden, Belgien, Großbritannien, Griechenland und der Türkei sind, wie CIA und US-Generalstab erst unlängst wieder beklagten, „schlecht geschützt“ und „verwundbar durch Angriffe von Terroristen und Atomwaffengegnern“.

Um die Tauglichkeit der Schutzmaßnahmen zu testen, führten in den vergangenen Monaten kleine Army-Trupps in geheimen Übungen Scheinangriffe auf verschiedene Depots aus – in vielen Fällen erfolgreich.

Mal fanden die Kontrolleure Löcher in den Schutzzäunen oder „Patronen, in denen kein Pulver mehr ist, sondern Sand“. Mal war die Beleuchtung einschließlich des obligatorischen Notstromaggregats ausgefallen, oder es fehlten die Sensoren, die bei Einbrüchen Alarm auslösen müßten.

Die Wachtürme, so die Erkenntnis der Militärs und Geheimdienstler, bieten im Ernstfall nicht einmal Schutz gegen Handfeuerwaffen. Und in den Wäldern, die den Blick auf die Lager verwehren sollen, können sich Angreifer mühelos anschleichen.

Seit vor knapp zehn Jahren eine Kommission des US-Senats auf einer Inspektionsreise durch Europa feststellte, daß die Sicherheitsvorkehrungen „völlig unzureichend“ seien, hat sich offenbar wenig gebessert: Jedes zweite Nato-Lager, so der jetzige Regierungsbericht, bedürfe noch immer eines stärkeren Schutzes.

Der unterblieb bisher meist aus Kostengründen. Für die Sicherheit der Nato-Lager sind, auch wenn die Amerikaner alleinige Verfügungsgewalt über die Atomwaffen haben, stets US-Soldaten und Gastgeberland gemeinsam zuständig. In weiteren 49 Lagern, die die USA in Europa unterhalten, tragen die US-Streitkräfte allein die Verantwortung.

So geht denn in den USA „eine andere Atomfurcht“ („FAZ“) um: „Die Möglichkeit, daß Extremisten eine Kernwaffe in die Hand fällt, mit der sie uns erpressen könnten“, sagt Richard Wagner, Pentagon-Berater in Nuklear-Angelegenheiten, „läßt mich nicht mehr schlafen.“

Allein das Amt für nukleare Verteidigung fördert daher derzeit 56 Forschungsprojekte zur Perfektionierung des Kontrollsystems, für die es im vorigen Jahr zehn Millionen Dollar ausgab.

Einstweilen, bis mehr Sicherheit gewährleistet ist, empfiehlt das Pentagon, „nicht notwendige Waffentransporte zu unterlassen“, da diese „besonders attraktive Ziele“ für Terroristen seien.

In der Tat werden beispielsweise die 180 in der Bundesrepublik stationierten Pershing-1A-Raketen ständig übungshalber durch die Landschaft kutschert – die Bürger nehmen davon nur dann Notiz, wenn das Projektil mal, wie im Februar 1981 im schwäbischen Sechselberg, explodiert oder wenn ein miserabel

\* Veröffentlichung des Pershing-Herstellers Martin Marietta, Orlando (Florida).

\*\* Ulrich Albrecht: „Kündigt den Nachrüstungsbeschluß!“. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt; 182 Seiten, 8,80 Mark.

\*\*\* Burkhard Luber: „Bedrohungsatlas“. Jugenddienst-Verlag, Wuppertal; 141 Seiten, 12,80 Mark.

\*\*\*\* „Lagerung und Transport von Atomwaffen“. Informationsbüro für Friedenspolitik“. München; 104 Seiten, 7,50 Mark.

bereifter Sattelschlepper mit defekten Bremsen, wie vorigen November im badischen Waldprechtsweier, Autos überrollt und Häuser schrammt.

Unterwegs könnten aber auch Terroristen zuschlagen oder Antimilitaristen dem Konvoi das Geleit geben, um Atomwaffenstandorte zu recherchieren – zwischendurch müssen die Raketen-transporter ja immer mal zurück zum Depot, womöglich mit einem Demonstranten-Pulk im Schleppl.

Dafür gewappnet sind die Friedensbewegten jedenfalls: Die „Army Regulations“ und „Field Manuals“, die den militärischen Verkehr regeln, sind für 2,50 Dollar plus einen Cent je photokopierter Seite jedermann zugänglich, wie der „Interkirchliche Friedensrat“ in Den Haag verblüfft feststellte, dessen Inside-Beschreibungen nun das Münchner „Informationsbüro“ in deutscher Übersetzung nachdruckt.

Denn die Holländer sind für Mechttersheimer ein „Vorbild, wie man die Nuklearrüstung im eigenen Land transparent macht“. Der „Frankfurter Rundschau“ und der „Süddeutschen Zeitung“ freilich geht die Transparenz zu weit: Die Anzeigenleitungen der beiden Blätter, die im redaktionellen Teil durchaus die Offenbarung der Raketenstandorte befürworteten, weigerten sich, Inserate für die Münchner Neuerscheinung aufzunehmen.

Auch wenn das Material „aus öffentlichen Quellen“ stamme, die „theoretisch jedermann zugänglich“ seien, begründete die „Frankfurter Rundschau“ ihre Ablehnung, so bringe doch „die Verdichtung einer Vielzahl von Einzelinformationen, wie sie der einzelne nicht nachvollziehen kann, einen ganz anderen Stellenwert mit sich“.

## BERLIN

### Notfalls als Geschenk

**Ost-Berlin möchte die marode S-Bahn loswerden, West-Berlins Senat will sie – nach jahrelangem Zögern – nun übernehmen: ein Milliarden-Vorhaben.**

Jahrzehntlang rattete und rostete die S-Bahn in West-Berlin dahin, und niemand kümmerte es. Von der Bevölkerung wurde sie als „Ulbrichts Klapperkiste“ boykottiert, von der offiziellen Senatspolitik geächtet.

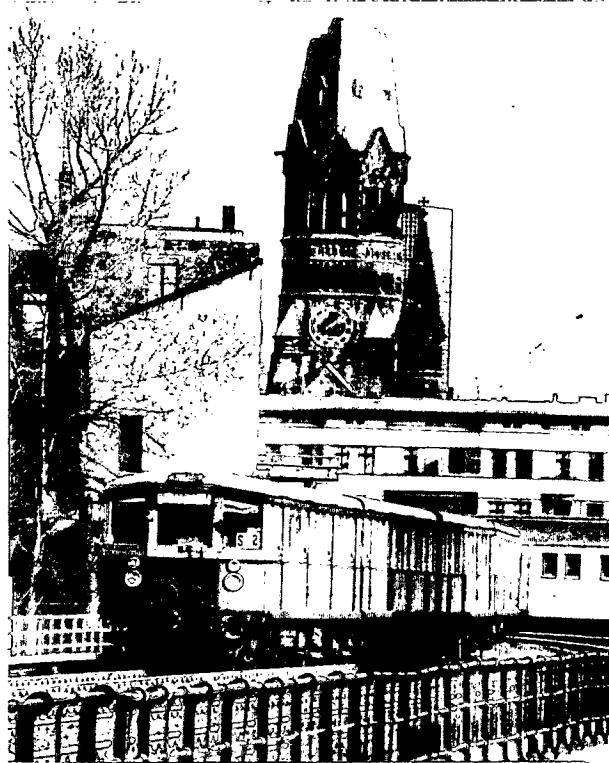
Das einst leistungsfähigste Schnellverkehrssystem Europas, von der in Ost-Berlin ansässigen Deutschen Reichsbahn betrieben, verkam immer mehr. Das Streckennetz schrumpfte von 145 auf 53 Kilometer, und täglich fahren nur noch knapp 10 000 Passagiere – vor dem Bau der Mauer waren es 400 000.

So schien dem siechen Bahnkörper eines gewiß: Irgendwann würde die Deutsche Reichsbahn im Osten die Lust

am West-Betrieb verlieren, würden die Reste des Schnellverkehrssystems dem Senat von West-Berlin gratis oder billigt zufallen. Ein Senatssprecher prophezeite schon 1976: „Der Erich muß das Ding loswerden, notfalls als Geschenk.“

Vergeblich kamen Erich Honeckers Abgesandte denn auch des öfteren um westliche Kostenbeteiligung ein. Am liebsten hätten sie die S-Bahn den West-Berlinern verpachtet. Die DDR, so 1976 ihr Verkehrsminister, könne es sich nicht leisten, auf Dauer „die Bedürfnisse der West-Berliner Bevölkerung zu finanzieren“.

Das S-Bahn-Defizit der ostdeutschen Reichsbahn wuchs auf schließlich 140 Millionen Mark im Jahr – doch Honek-



**Berliner S-Bahn (vor der Gedächtniskirche)**  
„Jeder Endpunkt ein potentieller Übergang“?

ker verschenkte nichts, und 1981 machte der sozialdemokratische Übergangs-Bürgermeister Hans-Jochen Vogel in West-Berlin Schluß mit dem amtlichen Poker. Er bekundete offiziell Senatsinteresse an der Integration der S-Bahn auf West-Berliner Gebiet.

Amtsnachfolger Richard von Weizsäcker blieb dieser Berliner Linie treu. Letzte Woche reiste der CDU-Politiker nach Bonn und holte sich Zuspruch von Kanzler und Fachministern für ein aufwendiges Modernisierungskonzept. Die Unionsrunde wurde sich einig, die S-Bahn in das West-Berliner Verkehrssystem zu übernehmen.

Allerdings erbrachte der wahlkampf-wirksame S-Bahn-Gipfel kaum mehr als große Perspektiven – die unangenehmen Sachfragen stehen noch an. So ist rechtlich, politisch und finanziell unklar, wel-

cher Part den West-Berliner Stellen am wiederbelebten Bahnbetrieb zufallen soll. Die alliierten Schutzmächte signalisierten nur ihr Placet zu Verhandlungen zwischen West- und Ost-Berlin; welches Ergebnis sie bereit sind zu akzeptieren, lassen sie einstweilen offen.

Trotzdem wollen die Bonner den Einstieg in die S-Bahn-Finanzierung schon in die Beratungen zum Bundeshaushalt 1984 einbeziehen. Es geht um Milliarden. Nach den West-Plänen soll dort, wo jetzt marode Gleisanlagen geisterhaft leere Bahnhofsrüden verbinden, wieder ein attraktives Schnellbahnsystem entstehen – ein gewaltiges Projekt, dessen Verwirklichung ins dritte Jahrtausend reichen wird. Bis zum Jahr 2005 könnten, nach schrittweiser

Erneuerung, 117 der insgesamt 145 auf West-Berliner Gebiet verlegten S-Bahn-Kilometer befahrbar sein.

Die „Inbetriebnahme nach grundlegender Modernisierung“ (Planziel) sieht zwar lediglich eine Ausstattung „an der unteren Grenze des allgemein gebräuchlichen Standards“ vor, soll aber trotzdem allein an Investitionen nahezu drei Milliarden Mark kosten. Nach einer Fahrgelderhöhung und nach Anrechnung von über 50 Millionen Mark für eingesparte Buslinien bleibt laut dieser Berechnung ein zusätzliches Haushaltsdefizit von jährlich 127 Millionen Mark.

Eine kleinere Lösung zum halben Preis, die zwar nur ein Teilnetz von 71 Kilometern,

dafür aber sofortigen Betriebsstart unter West-Regie ermöglichen könnte, wollten die Planer nicht favorisieren, da sie ohnedies von „einer Kostentragung der S-Bahn-Defizite durch den Bund“ ausgehen. Die CDU-Regierungen in Berlin und Bonn wollen den Coup mit der S-Bahn nicht zuletzt auch wegen der „deutschlandpolitischen Bedeutung“.

Ein derart plakativer Stil hebt sich ab von der behutsamen Haltung früherer Ansätze. Der Sozialdemokrat Vogel etwa hatte seine Ansage mit Bedacht verklausuliert – „vorbehaltlich einvernehmlicher Lösungen der hier gegebenen Implikationen“. Und auch Weizsäcker pflegt ansonsten den S-Bahn-Umbrücker sensibel einzugrenzen – „ohne Berührung der Statusfragen“.

Feingefühl ist am Platz, wenn es um das komplizierte Geflecht der Berliner